

## **Endlager Kriterien festgelegt**

### **Kommission schafft Voraussetzung für Standortsuche**

Berlin (dpa) Der Weg für die Suche nach einem Atommüll-Endlager ist frei. Eine Kommission des Bundestages legte nach zweijährigen Beratungen die Kriterien für die Suche nach einem sicheren Standort zur Lagerung von hoch radioaktivem Atommüll fest. Der Abschlussbericht der Endlagerkommission lässt aber offen, in welchem Bundesland die abgebrannten Brennelemente aus den Kernkraftwerken letztlich bleiben sollen. Heftige Diskussionen gab es bis zuletzt um den niedersächsischen Salzstock Gorleben, der früher einmal als Endlager vorgesehen war. Gorleben bleibt ein möglicher Standort, was Greenpeace gestern kritisierte. Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel strich den positiven Aspekt heraus. „Die jahrzehntelange Vorfestlegung auf Gorleben ist vom Tisch“, sagte der Grünen-Politiker. „Es wurden echt ein paar dicke Brocken weggeräumt“, sagte Schleswig-Holsteins Umweltminister Robert Habeck (Grüne). Auf Grundlage der Empfehlungen der Kommission sollen Bundestag und Bundesrat die Auswahlkriterien gesetzlich festlegen. Erst dann kann die wissenschaftliche Untersuchung möglicher Standorte für ein Endlager für abgebrannte Brennelemente aus den Kernkraftwerken beginnen. Anwohnern, Gemeinden und anerkannten Umweltverbänden werden Klagemöglichkeiten einräumt. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) erwartet, dass das Endlager 2050 in Betrieb genommen wird. Einige Mitglieder der Kommission halten das für unrealistisch.